

04.02.2010 - 07:00 Uhr

Repräsentative Demoscope-Umfrage zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes: Deutlicher Vorsprung für das NEIN-Lager aber noch keine Mehrheit

Bern (ots) -

- Hinweis: Hintergrundinformationen können kostenlos im pdf-Format unter <http://presseportal.ch/de/pm/100003695> heruntergeladen werden -

Wenn am letzten Sonntag abgestimmt worden wäre, hätten 40 Prozent der Stimmberechtigten zur Senkung des Umwandlungssatzes Nein gesagt. Lediglich 12 Prozent hätten der Vorlage von Bundesrat und Parlament zugestimmt. 39 Prozent der befragten Stimmberechtigten wussten noch nicht, wie sie abstimmen wollen.

Das ist das Resultat einer repräsentativen Befragung des Meinungsforschungsinstituts Demoscope bei 1002 Stimmberechtigten (exkl. Tessin). Die Umfrage wurde im Auftrag des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaft Unia in der Zeit vom 25. Januar bis 1. Februar durchgeführt. Die Messgenauigkeit beträgt +/- 3,1 Prozent.

Nein-Lager liegt bei allen Parteien vorne

Die Senkung des Umwandlungssatzes, über die wir am 7. März abstimmen werden, wird gegenwärtig von den Sympathisanten aller Parteien deutlich abgelehnt. So sagen 49 Prozent der Anhänger der SP, 46 Prozent der Grünen, 42 Prozent der CVP und 41 Prozent der SVP Nein. Selbst die Anhänger der FDP lehnen die Vorlage deutlich (40 Prozent) ab.

Trotz des Vorsprungs des Nein-Lagers ist die Abstimmung noch nicht entschieden. 39 Prozent der Stimmberechtigten wissen im Moment noch nicht, ob sie am 7. März Ja oder Nein stimmen wollen. Die Unsicherheit ist in der französischsprachigen Schweiz (48 Prozent unentschlossene) etwas höher als in der Deutschschweiz (36 Prozent). Auch die Frauen sind etwas unsicherer (44 Prozent) als die Männer (32 Prozent). Am unsichersten sind die jüngeren Stimmberechtigten bis zum 34. Altersjahr: Auch sie sagen zwar mehrheitlich Nein (24 Prozent zu 8 Prozent Ja). 51 Prozent dieser Alterskategorie haben sich allerdings noch keine definitive Meinung gebildet.

Tausende von aktiven Gewerkschaften gegen die Propagandamillionen der Versicherungen

Die Gewerkschaften wollen die Abstimmung und nicht die Umfragen gewinnen und werden daher in den kommenden Wochen alles daran setzen, die Unentschlossenen von einem Nein zum Rentenklau zu überzeugen. Die finanziellen Mittel in der Abstimmungskampagne sind dabei sehr ungleich verteilt. Während der Befürworterseite ein Betrag von 8 bis 12 Millionen zur Verfügung steht, der zu einem grossen Teil von den Versicherungsgesellschaften stammt - bezeichnenderweise legt das Komitee seine Finanzen nicht offen - haben die Gegner der Rentensenkung insgesamt gerade mal 800'000 Franken zur Verfügung. Darum setzen die Gewerkschaften auf die Handlungsbereitschaft ihrer Mitglieder. Rund eine viertel Million Rentenklau-Rechner und mehrere hunderttausend Flugblätter gegen Rentenklau werden in den kommenden Wochen von Gewerkschaftsmitgliedern an Arbeitsplätzen und auf der Strasse verteilt.

Umfrage steht allen zur Verfügung

Die repräsentative Demoscope-Umfrage stellen wir allen Medien, Parteien und auch dem gegnerischen Komitee transparent zur Verfügung. Die Detailresultate sowie eine durch uns erstellte Grafik sind im Anhang oder unter www.sgb.ch/rentenklaeu/umfrage.pdf bzw. www.sgb.ch/rentenklaeu/umfrage_grafik.pdf zu finden.

Kontakt:

Pietro Cavadini, Leiter SGB-Kampagnen, Tel. 079-353 01 56

Nico Lutz, Co-Leiter Abteilung Kommunikation und Kampagnen Unia, Tel. 076-330 82 07

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100597602> abgerufen werden.